

Thomas Ahbe

Zur Einführung: Gewalt oder Verhandeln? – Das Erlebnis des 9. Oktober 1989 als Auslöser für die öffentlichen Debatten in Leipzig

Die hier vorgestellten Debatten waren ein Ergebnis des Schocks vom 9. Oktober 1989. Zwar war dieser Tag gewaltfrei verlaufen. Doch in den Tagen und Stunden vor dem Abend des 9. Oktober hatte sich immer stärker der Eindruck verdichtet, dass die Staatsmacht an diesem Tag einen Umschwung erzwingen, die Demonstration mit massiver Gewalt auflösen und die Oppositionsgruppen zerschlagen wollte. Nach dem 9. Oktober bestand neben der Erleichterung oder Euphorie und Triumph der Bevölkerung vor allem auch Sorge darüber, wie es am nächsten Montag weitergehen würde. Etliche Leipziger nutzen ihre Möglichkeiten, die künftige Auseinandersetzung um das Regime in der DDR in gewaltfreien Bahnen zu halten. Einer dieser Versuche war die Organisation der hier dokumentierten Debatten. Die Motive, öffentliche Diskussionsveranstaltungen zu organisieren, waren vielfältig, die Entscheidung, sich dafür einzusetzen durchaus nicht ungefährlich, denn die Tage nach dem 9. Oktober waren machtpolitisch noch offen. Um die Bedeutung der hier dokumentierten Debatten sowie ihre Organisation würdigen zu können, sollen zunächst die vorangegangenen Wochen, die Gefahren und die Gefahrenwahrnehmung dieser Zeit skizziert werden.

Wie die Bürger Leipzigs und die Sicherheitskräfte bis zum 9. Oktober 1989 die Gewaltanwendung erlebten und wie sich die Befehlslage entwickelte

Um die Entwicklung der Befehlslagen, den Aufmarsch der Kräfte und die Ausdifferenzierung im Lager der Machthaber bis zum 09.10.1989 nachzeichnen zu können, ist zunächst das Fernschreiben zu nennen, das Erich Honecker am 22.09.1989 an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen schickte. Darin wies er an, „dass diese feindlichen Aktionen im Keime erstickt werden müssen, dass keine Massenbasis dafür zugelassen“ werden dürfe.¹ Ein ähnlich lautendes Fernschreiben sandte an diesem Tage der Innenminister und Chef der Deutschen Volkspolizei (DVP), Friedrich Dickel, an die Bezirksbehörden der VP (BDVP). Honecker, so bestätigte der sowjetische Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow später: „Honecker

rechnete eindeutig mit einer Überwindung der Unruhen von der Position der Stärke. Er äußerte die Worte: , Man soll mit ihnen nicht viel Umstände machen, auf Lkws werfen und basta' sowie ,die Organisatoren der Kundgebung sind Feinde und man muss mit ihnen entsprechend umgehen“² Vier Tage nach diesem Fernschreiben, am 26.09.1989, unterzeichnet Honecker den Befehl 8/89 des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.³ Dieser Befehl war mit Blick auf die Festveranstaltungen zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 erlassen worden. Honecker wünschte, dass an diesem Tag das internationale Ansehen der DDR nicht beschädigt und Proteste mit allen Mitteln aus dem öffentlichen Raum gedrängt werden sollten.

Einen Tag nach der Leipziger Montagsdemonstration vom 25.09.1989, als 5.000 Menschen nach der Andacht in der Nikolaikirche über den Leipziger Ring bis zum Kaufhaus Konsument gezogen waren, ohne dass die Polizei eingegriffen hatte,⁴ schätzten jedoch sowohl der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke wie auch der amtierende 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Helmut Hackenberg ein, dass „ohne den massiven Einsatz polizeilicher Hilfsmittel“ – Mielke sprach explizit von Wasserwerfern, Schlagstöcken, polizeilichen Zuführungen und Gewahrsamnahme – „derartige Personenansammlungen“ nicht aufzulösen seien.⁵ Der Leiter des VPKA Leipzig, Oberst Holm Fritzsche stellte in seiner Lageeinschätzung zum 25.09.1989 nahezu skrupulös fest, „dass ein gewaltsames Auflösen einer Zusammenrottung in den Realbereich der Beurteilung aufgenommen werden muss. [...] Auch wenn die politischen Auswirkungen eines solchen Vorgehens von komplizierter Natur sind.“ Trotz seines Hinweises auf die politische Problematik schlug der Oberst vor, die Verfügbarkeit der VP-Bereitschaften Halle, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Gera sowie die der Mdi-Schulen in Dresden, Aschersleben und Wolfen „zu sichern“.⁶

Am nächsten Montag, den 02.10.1989 kam es in der Leipziger Innenstadt dann zum ersten Mal zum Einsatz der erwähnten „polizeilichen Hilfsmittel“. Zunächst war ein Demonstrationzug von 8.000 bis 20.000 Teilnehmern auf dem Ring am Hauptbahnhof vorbeigezogen und dann in Höhe des Friedrich-Engels-Platzes durch eine Sperrkette von Volkspolizei, Kampfgruppen und Polizeifahrzeugen gestoppt worden. Die Demonstranten riefen „Schämt

Euch was!“⁷ Das Erlebnis dieser Demonstration erschütterte das Feindbild der Kampfgruppenangehörigen. Schon am nächsten Tag hielt die Stasi als Einschätzung der Kampfgruppenleute fest: „Bei den ‚Demonstranten‘ habe es sich nicht, wie angegeben, um Rowdys und Assis (*Asoziale – T.A.*), sondern um einen ‚disziplinierten Vorbeimarsch‘ gehandelt, bei dem die Kampfgruppenhundertschaft nicht belästigt worden sei.“⁸ Doch noch standen sich die so beschriebenen Demonstrierenden und die Polizei gegenüber. Als „Zeichen der Friedfertigkeit aber auch des beharrlichen Protestes“ setzten sich die Demonstranten auf die Straße, wodurch aber nun die Einkesselung drohte. „Zwischen den Protestierenden, die sich von dem kalten Asphalt wieder erhoben, und den Sicherheitskräften entbrannte ein Nervenkrieg. Wann würden die ersten Steine fliegen, wann sich die Gummiknüppel in Bewegung setzen? Plötzlich durchbrachen die Demonstranten die Polizeikette; unter dem Jubel der Menge flogen Polizeimützen in die Luft.“⁹ Während sich diese Demonstration bis auf 3.000 Personen auflöste, formierte sich dann am Abend eine zweite Demonstration in der Nähe der Thomaskirche. Hier kam es zu massiver Gewalt. Denn inzwischen hatte der Innenminister der VP und der Bereitschaftspolizei den Einsatz mit Helmen, Schlagstöcken Schilden und Diensthunden freigegeben.¹⁰ Außerdem wurden Wasserwerfer eingesetzt. Die Demonstranten wehrten sich. Es flogen Pflastersteine, Scheiben wurden zerschlagen und Autos angezündet. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. 20 Demonstranten wurden festgenommen.¹¹

Solche massiven Polizeieinsätze hatte bis dahin kaum jemand in der DDR erlebt oder gesehen. Beide Seiten – hinzu kommen noch die Unbeteiligten – waren geschockt. Auch die Sicherheitskräfte hatten Angst gehabt. Schon die friedlich Demonstrierenden vom Ring wurde von ihnen „als bedrohlich wahrgenommen, auch im physischen Sinn“¹² und erst recht natürlich die wehrhaften Demonstranten von der Thomaskirche. Ein wehrpflichtiger Bereitschaftspolizist erinnert sich so: „Das war die Demonstration im Oktober, wo wir an der Thomaskirche standen und den Platz geräumt hatten, wo die zehntausend Leute waren. Aus meinen Erlebnissen heraus kann ich bloß sagen, dass es das erste Mal eine extreme Situation war, die auf viele von uns eingestürzt ist, weil wir da praktisch aufgefordert wurden, den Platz zu räumen. Ich war tief erschüttert, mir standen die Tränen in den Augen, da ich schon vorher gemerkt habe, dass das nicht irgendwelche randalierenden Rowdys sind, asoziale Elemente, wie uns erzählt wurde, sondern normale Leute aus sämtlichen Altersgruppen. Uns

wurde gesagt, das ist eine unangemeldete Demonstration, sie ist nicht genehmigt und wir haben die Ordnung und Sicherheit herzustellen. Ich kann das bloß aus meinem persönlichen Sichtwinkel erzählen. Ich hatte direkt vor meinen Augen eine Frau. Ich weiß nicht, wie die da mit hereingeraten war. Die Frau hatte wie einen Schock. Sie war beladen mit Einkaufsbeuteln, mit Spielzeug und so weiter drin, die stand völlig fassungslos da, hat nur noch geweint. Mir ging das dermaßen nahe. Wir alle, oder viele, haben sich gefragt, wo soll das noch hinführen? Wenn wir nicht imstande sind, die Probleme auf friedliche Art und Weise zu lösen, sondern eben mittels Gewalt. Unsere Vorgesetzten verlangten des Öfteren, dass wir Stimmen und Meinungen schreiben sollten zu den jeweiligen Vorgängen in der Gesellschaft. Auf Befehlsbasis zwar, aber es waren trotzdem unsere persönlichen Meinungen und wir sind dafür eingetreten, dass die Leute demonstrieren dürfen, auch wenn es eine nicht angemeldete und genehmigte Demonstration ist und dass man denen nicht, wenn sie die Kirche verlassen, schon ein unheimliches Polizeiaufgebot gegenüberstellt.“¹³ Dieses Meinungsbild findet sich auch in dem Bericht des Kommandeurs der in Leipzig stationierten 5. VP Bereitschaft, Oberstleutnant Schröder wieder. Der Oberstleutnant schrieb, dass seine Truppe trotz der „Angst vor Gewalt und Zerstörung sowie Bedrohung des eigenen Lebens“ dennoch eine „hohe Einsatzbereitschaft“ gezeigt hatte, stellte aber auch fest: „In Gesprächen wird jedoch immer wieder deutlich, dass es gegenüber diesen Einsätzen eine große Abneigung gibt. Der überwiegende Teil der Genossen ist der Meinung, dass es uns eventuell gelingen wird, die ungesetzlichen Versammlungen zu zerschlagen, wir aber nicht in der Lage sind, politische Probleme zu lösen.“¹⁴

Der Schauplatz Dresden

Zwei Tage nach der Straßenschlacht vom 02.10.1989 in Leipzig bestand dann schon im südlichen der beiden Militärbezirke der DDR „erhöhte Gefechtsbereitschaft“. Verteidigungsminister Armeegeneral Heinz Keßler hatte sie am 04.10.1989 ausgelöst. Der Grund dafür lag allerdings nicht in Leipzig, sondern in Dresden, von wo aus ein Hilfeersuchen des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung, Hans Modrow ergegangen war.¹⁵

Am 03.10.1989 war bekannt geworden, dass die DDR-Führung einerseits 11.000 DDR-Botschaftsflüchtlinge aus der ČSSR in DDR-Zügen über DDR-Territorium in die BRD ausreisen lassen würde. Andererseits wurde an diesem Tag der visafreie Reiseverkehr in die ČSSR aus-

gesetzt. Diese Nachrichten, die erzwungene Rückführung von Reisenden nach Dresden und die Durchfahrt der für die Ausreiser bestimmten Leerzüge hatten in der Nähe des Dresdner Hauptbahnhofs in der Nacht zum 04.10.1989 zu gewalttätigen Massenprotesten geführt.¹⁶ Bei deren Niederschlagung wurden dann in der Nacht zum 05.10.1989 24 NVA-Hundertschaften aufgestellt und eingesetzt.¹⁷ Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Existenz dieser geheimen Sondertruppen verweisen darauf, dass die SED-Führung schon lange vor den anlassbezogenen Dresdner Unruhen mit der Niederschlagung von Protesten gerechnet hatte. Wie die Befehle 8/89 und 9/89 des Nationalen Verteidigungsrates zeigen, hatte die Vorbereitung von NVA-Teilkräften für einen Polizeieinsatz schon im August 1989 ihren Ursprung.¹⁸ Damals hatten Beauftragte der Chefs der Hauptstäbe der NVA und des Innenministeriums unter strengster Geheimhaltung Vorbereitung zur Bildung von Einsatzgruppen getroffen.¹⁹ Diese NVA-Hundertschaften setzten sich aus Unteroffiziers- und Offizierschülern, einige auch aus Offizieren zusammen. In der Zeit vom 04.10 bis 11.11.1989 bestanden zeitweise bis zu 183 dieser NVA-Hundertschaften. Den seit dem 04.10.1989 in Dresden eingesetzten Einheiten war zwar jeglicher Schusswaffengebrauch untersagt, bei den hastig bereitgestellten Truppen ist der Austausch der Schusswaffen gegen Schlagstöcke aber erst am Vormittag des 05.10.1989 erfolgt.²⁰

Für den Raum Leipzig wurden letztlich 27 solcher NVA-Hundertschaften aufgestellt. Damit begann man am 05.10.1989, die Schlagstöcke für zunächst 15 Hundertschaften lagerte man ein.²¹ Die NVA-Hundertschaften sollten Objekte wie Hauptbahnhöfe, Hauptpostämter oder Rundfunksender sichern.²² In Leipzig befanden sich solche Einheiten am 9.10. und 16.10.1989 in Bereitschaft.²³

Der Schauplatz Leipzig

Am 07.10.1989 kam es in der Leipziger Innenstadt zu brutalen Übergriffen der Ordnungskräfte. An diesem Tage waren 6 Kompanien Bereitschaftspolizei und 739 Volkspolizisten im Einsatz. Im Unterschied zum 02.10.1989 war die Sonderausrüstung vorab angelegt und den Diensthunden der Maulkorb abgenommen worden. Hinzu kamen zwei Wasserwerfer.²⁴ Die Zahl der Demonstranten war an diesem Tag kleiner, denn es war Samstag und es gab keine

richtunggebende Montagsdemonstration. Die Sicherheitskräfte gingen nun viel offensiver und gewalttätiger vor. „Die Ängste, die sie am 02.10.1989 ausgestanden hatten, schlugen jetzt in Aggression um. Waren seinerzeit 20 Festnahmen erfolgt, so wurden nun 210 – bei einer weit geringeren Zahl von Demonstranten“ festgenommen.²⁵ Die Inhaftierten wurden in Pferdeställen der Landwirtschaftsausstellung Agra in Leipzig-Markkleeberg, einem Objekt, das im Kriegsfall der Internierung von Staatenlosen und Ausländern dienen sollte, unter entwürdigenden Bedingungen festgehalten.²⁶ Das war zwei Tage vor dem 09.10.1989, an dem es – das war jedem klar – wieder zu einer großen Montagsdemonstration kommen würde.

Daran dachten auch der bekannte Kabarettist Bernd-Lutz Lange und SED-Funktionär Dr. Roland Wötzel. Sie telefonierten am Abend des 08.10.1989 miteinander. Der eine war ein bekannter Kabarettist, der andere Sekretär der SED-Bezirksleitung für Wissenschaft, Volksbildung und Gesundheit. Bernd-Lutz Lange erinnert sich: „Ich merkte ihm an, dass ihn das alles sehr betroffen machte, und wir verabredeten uns dann für Montagnachmittag (*den 09.10.1989 – T.A.*) für ein Telefonat.“²⁷ „Wir wollten irgendetwas unternehmen und vereinbaren, dass ich Montag nach 14.00 anrufe. Ihm schwebte vor, in die Nikolaikirche zu gehen und dort die Leute anzusprechen.“²⁸ Die beiden Männer kannten einander schon lange. Wötzel gehörte einst zu der Kommission, die Kabarett-Programme begutachtete und über deren Genehmigung entschied. Lange erinnerte sich: „Ich schätze Wötzel als einen Menschen, mit dem man reden und streiten konnte. Es schlug einem dabei nicht der Hochmut mancher Genossinnen und Genossen entgegen, mit denen ich bei meiner Arbeit zu tun hatte und die mir bei unterschiedlichen Auffassungen solche unvergesslichen Sätze sagten wie ‚Du bist noch nicht so weit!‘ oder ‚Dir fehlt das entsprechende Bewusstsein!‘“²⁹ Als sich die Situation im Sommer 1989 in Leipzig zuzuspitzen begann, nahm Bernd-Lutz Lange zu Roland Wötzel, der inzwischen als SED-Bezirkssekretär für Wissenschaft ein einflussreicher Funktionär geworden war, wieder Kontakt auf. Ihr Gespräch drehte sich darum, wie man eine öffentliche Debatte in Gang bringen konnte und führte zu der Idee, dass beide gemeinsam eine öffentliche politische Diskussion im Hörsaal 19 der Karl-Marx-Universität moderieren könnten.³⁰ An diesem Disput sollte „die Hälfte von den Leuten der Friedens- und Menschenrechtsgruppen und die andere Hälfte entsprechende Leute von anderen Organisationen“

teilnehmen.³¹ Lange hatte hierfür auch bereits bei den Kirchengruppen sondiert. Das Ganze scheiterte aber damals, weil das Ministerium des Inneren dem Neuen Forum Mitte September die Zulassung verweigerte, Wötzel Parteidisziplin wahren und sich nicht daran beteiligen wollte.

Ganz konkrete Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt am kommenden Montag trafen drei Leipziger Basisgruppen um Pfarrer Christoph Wonneberger schon am Sonntag. Sie druckten am 08.10.1989 30.000 Flugblätter, die am Montag verteilt werden sollten.³² „Wir sind ein Volk. Gewalt hinterlässt ewig blutende Wunden“ war eine der Kernaussagen. *(siehe Dokumentenanhang)* Auch Mitglieder des Neuen Forums druckten Flugblätter. „Provoziert nicht, lasst euch nicht provozieren. [...] Keine Konfrontation mit BePo und Kampfgruppen – Dialog. Schützt die Polizei vor Übergriffen“ waren einige Forderungen des Papiers.³³ *(siehe Dokumentenanhang)*

Der Schauplatz Berlin

Am gleichen Tag, als Bernd-Lutz Lange und Roland Wötzel in Leipzig telefoniert hatten, gewann auch in der Machtzentrale in Berlin ein Prozess an Fahrt, der letztlich nicht ohne Auswirkung auf den Schauplatz Leipzig blieb. Bereits seit Längerem hatte es zwischen Krenz, Willi Stoph und Mielke Gespräche über eine Verjüngung der SED-Spitze gegeben.³⁴ Nun, am 08.10.1989, trafen sich Krenz, Sekretär des ZK für Sicherheitsfragen, Mielke, Minister für MfS und Schabowski, alle drei waren Mitglieder des Politbüros, sowie die hohen Funktionäre Dickel, Minister des Innern und Chef der DVP, Wolfgang Herger, Leiter der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED und die rechte Hand von Egon Krenz, Wolfgang Schwanitz, Stellvertreter von Mielke und Karl-Heinz Wagner, Stellvertreter von Dickel zu einer zweistündigen Beratung im Büro von Mielke.³⁵ Anlass war die Auswertung der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR sowie auch des brutalen und teilweise öffentlich gewordenen Einsatzes gegen die Berliner Demonstranten vom 07.10.1989. Aus Sicht der Anwesenden war das ein aus dem Ruder gelaufener Ordnungseinsatz. „Was da passiert ist, war nicht nötig“, soll Mittig auf dem Wege zur Besprechung zu Krenz und Herger gesagt haben, „Jemandem sind die Nerven durchgegangen“³⁶ Zu dieser Sitzung gibt es kein Protokoll,³⁷ jedoch unterschiedlich akzentuier-

te Beschreibungen in den Erinnerungen einiger Teilnehmer. Die Einberufung dieser Konferenz war von Mielke ausgegangen.³⁸ Von Mielkes Büro aus wurden dann auch weitere SED-Bezirkssekretäre, die man als Verbündete ansehen zu können glaubte, telefonisch eingebunden. Honecker wusste von der Zusammenkunft nichts und bezeichnete sie später als „Konspiration“ und als „die Vorbereitung eines innerparteilichen und staatlichen Putsches.“³⁹

Krenz bat auf der Beratung „ausdrücklich an alle Mitarbeiter des MfS in den folgenden Leitungsbesprechungen zur Auswertung weiterzugeben, dass die Parteiführung bisher nicht auf die Informationen des MfS zur wahren Lage im Land gehört habe, versprach das zukünftig diese Informationen erstrangige Entscheidungsgrundlage für die Parteiführung wären und stellte Veränderungen in der Parteiführung in Aussicht. Und Herr Krenz orientierte, dass jetzt die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit zur Absicherung all dieser Veränderungen, die nun in der Politik der DDR herbeizuführen gelte, gefordert seien wie nie. Jetzt müsse man stehen, jetzt würden die Sicherheitsorgane gebraucht.“⁴⁰ Den Stasi-Leuten dürften diese Aussagen gefallen haben. Sie wussten um die Kluft zwischen ihren Berichten über die Bevölkerung, die Ausreiser, die Oppositionellen sowie die SED, NVA, VP und Kampfgruppen einerseits und der Situationswahrnehmung der SED-Führung und deren Propaganda andererseits.⁴¹ Zugleich entwarf ihnen der kommende Mann, Krenz, ein Szenario, das ihrer Institution eine gute Zukunft in einem von Krenz weiterentwickelten Sozialismus versprach.

Ein weiteres wichtiges Thema dieser Beratung war Krenz' Entwurf einer Erklärung des Politbüros, den dieser auf seiner Reise zu den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Volksrepublik China erarbeitet hatte.⁴² Sie sollte der „Überwindung der Sprachlosigkeit“⁴³ der SED dienen. In der „ganzen Soße“⁴⁴ – so bezeichnete es Honecker später – waren zwei wichtige Passagen enthalten, die vom Üblichen abwichen, nämlich kritische Bemerkungen zu den Medien und zur Versorgungslage in der DDR sowie die Feststellung, „dass die Abkehr von unserer Republik niemanden gleichgültig lassen kann, und dass jeder, der uns verlässt, von uns als Verlust empfunden wird.“⁴⁵ Damit war Krenz' Entwurf für die Politbüroerklärung ein klarer Affront gegenüber Honecker, der in den ND-Kommentar zu den DDR-Flüchtlingen, die über die Botschaften von Prag und Warschau ihre Ausreise erwirkt hatten, die Sätze hineinredigiert hatte: „Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachwei-

nen.“⁴⁶ Schon am Nachmittag, als Honecker das Papier erhalten und Krenz angerufen hatte, kam es zum offenen Konflikt. Honecker lehnte es barsch ab, die „Kapitulationserklärung“⁴⁷, wie er die Vorlage bezeichnet, im Politbüro zu diskutieren, und kanzelt Krenz ab. Dieser realisierte, dass Honecker mit ihm gebrochen hatte, und begann mit Politbüromitgliedern zu telefonieren, die er für Verbündete im Machtkampf gegen Honecker hielt.⁴⁸

Der Tag vor dem 09.10. ging in Berlin mit der Erteilung von mehreren zentralen Befehlen von Innenminister Dickel, Honecker und Mielke zu Ende. Der Innenminister und DVP-Chef Dickel telegraphierte allen BDVP dass „durch konsequentes und rechtzeitiges Einschreiten“ ein „geschlossenes Auftreten der feindlich-negativen Kräfte zu verhindern bzw. zu beseitigen“ sei.⁴⁹ Der Generalsekretär wies die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen an, weitere Demonstrationen „von vornherein zu unterbinden“ und ordnete die „sofortige Zusammenkunft der Bezirkseinsatzleitungen“ an.⁵⁰ MfS-Minister Mielke befahl gegen 16.00 für alle Dienstseinheiten „volle Dienstbereitschaft“ aus. Im Befehl war von der „Gefährdung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“ die Rede. Deswegen seien „ausreichend Reservekräfte bereitzuhalten, deren kurzfristiger Einsatz auch zu offensiven Maßnahmen zur Unterbindung und Auflösung von Zusammenrottungen zu gewährleisten ist.“⁵¹ Das Fernschreiben ging um 16.28 Uhr in Leipzig ein und wurde am Abend dieses Sonntags in einer Sitzung durch den Leiter der MfS-Bezirksbehörde, Generalleutnant Manfred Hummitzsch präzisiert.⁵²

Die Vorbereitungen für die gewaltsame Niederschlagung der Demonstration vom 9. Oktober

Der Schauplatz Leipzig

Am 09.10.1989 um 7.30 Uhr trat die Bezirkseinsatzleitung Leipzig zusammen. Bezirkseinsatzleitungen waren temporäre, im Krisenfall zu bildende Gremien, die die vor Ort stationierten bewaffneten Kräfte formal der Befehlsgewalt des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung unterstellen. Diesen Bezirkseinsatzleitungen untergeordnet waren die Kreiseinsatzleitungen. Aufgabe von Bezirkseinsatzleitungen war es, Einsatzbefehle für die bewaffneten Einheiten auszuarbeiten beziehungsweise zu bestätigen und die Einsätze zu führen. Die Bezirkseinsatzleitung Leipzig tagte jeden Montag, um den 09.10.1989 herum nahezu täglich.⁵³ Die Verlaufs- und Verschlussprotokolle aus der Zeit vom 18.09. bis 27.11.1989 fehlen jedoch.⁵⁴ Dennoch

ist klar, dass die Gesamtverantwortung für den Einsatz oder Nichteinsatz bewaffneter Kräfte in Leipzig beim amtierenden 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung lag.⁵⁵ Das schloss auch den Einsatz der NVA-Kräfte ein,⁵⁶ die allerdings nicht von Leipzig aus angefordert, sondern durch Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates der DDR in die Region verlegt worden waren.⁵⁷ Hierzu gehörte auch, dass auf Befehl Honeckers 3 Kompanien des Luftsturmregiments 40 aus Lehnin in die Kaserne des Artillerieregiments 3 an der Olbrichtstrasse verlegt wurden. Auftrag der Soldaten des Luftsturmregiments war es, von Demonstranten besetzte Gebäude zu entsetzen und „die Lage zu bereinigen“. In den Leipziger Einsatzplänen zur Auflösung von Demonstrationen spielte diese Einheit jedoch keine Rolle. Widersprüchliche Aussagen liefert die Literatur darüber, ob die Fallschirmjäger schon vor der durch die Staatsmacht eigentlich nur mit 50.000 Demonstranten kalkulierten Demonstration vom 09.10.1989 verlegt worden waren⁵⁸ oder erst nach der alle Erwartungen übertreffenden Demonstration vom 09.10.1989 in Vorbereitung der Demonstration vom 16.10.1989.⁵⁹

Entsprechend ihrer Funktion beriet also auch die Bezirkseinsatzleitung Leipzig am frühen Morgen des 09.10.1989 unter dem Vorsitz des amtierenden 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Helmut Hackenberg, die Umsetzung des Befehl 8/89 des Nationalen Verteidigungsrates, welchen Erich Honecker am 26.09.1989 unterzeichnet hatte und demgemäß „feindliche Aktionen offensiv zu verhindern seien“. Darüber hinaus stand die Umsetzung von Honeckers ähnlich lautenden Fernschreiben an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen vom Vortage zur Debatte. An dieser Zusammenkunft nahmen der Chef der Bezirksbehörde der VP (BDVP), Generalmajor Gerhard Straßburg, der Leiter der MfS-Bezirksbehörde, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, für die NVA-Verbände Generalmajor Günther Diederich sowie der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Rolf Opitz teil. Zum Verlauf der Sitzung gibt es kein Protokoll, aber einige Interviews. Für die Auflösung der Demonstration wurde ein detaillierter und von Straßburg ausgearbeiteter Einsatzplan beschlossen. So sollten beispielsweise am Hauptbahnhof sechs Lkw mit Räumgittern, zwei Wasserwerfer sowie zwei Tanklöschfahrzeuge, deren Wasser mit Farbzusätzen versehen war, zum Einsatz kommen.⁶⁰ Die Farbzusätze sollten helfen, flüchtige Demonstranten leichter dingfest zu machen.⁶¹ Als „Zuführungspunkte“ waren das Gebäude des VPKA Leipzig (für 60 Personen), die Turnhalle Paunsdorf (für 100 Personen) und zwei Hallen auf dem Agra-Gelände (für insge-

samt 600 Personen) ausgewiesen.⁶² Laut Befehl von Oberst Holm Fritzsch, Leiter des VPKA Leipzig, bestand das Ziel des Einsatzes in der „Auflösung rechtswidriger Menschenansammlungen und unmittelbar nachfolgend in der dauerhaften Zerschlagung gegnerischer Gruppierungen sowie der Festnahme der Rädelsführer.“⁶³ Zu Straßenburgs Plan gehörte auch der Einsatz von „gesellschaftlichen Kräften“, also SED- und FDJ-Mitgliedern. Sie sollten durch ihre Anwesenheit den „Provokateuren“ den Platz auf dem Nikolaikirchhof und im Gotteshaus streitig machen. Straßenburg rechnete mit 50.000 Demonstranten. NVA-Generalmajor Diederich stellte in der Beratung fest, dass seine Hundertschaften nur ungenügend auf Gewaltaktionen gegen die Bevölkerung vorbereitet seien und kaum den Umgang mit Gummiknüppeln beherrschten. Es wurde beschlossen, dass mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei die Spitze des Demonstrationenzuges zwischen Karl-Marx-Platz und Hauptbahnhof mit Schlagstöcken angreifen und sie mit Unterstützung von Schützenpanzerwagen in die Seitenstraßen abdrängen sollten. Der Leiter der MfS-Bezirksbehörde Hummitzsch äußerte hingegen die Ansicht, dass es „im Gegensatz zu zentralen Befehlen“ weder durch den Einsatz von Schusswaffen noch anderer polizeilicher Hilfsmittel mehr möglich sein würde, die Demonstrationen zurückzudrängen.⁶⁴ Hummitzsch hatte nach eigenem Bekunden auch den MfS-Leuten, die auf der Straße im Einsatz waren „verboten, Waffen zu tragen. Gegen die Dienstvorschrift des Ministers.“⁶⁵

Die Ressourcen für die Durchführung des am Morgen des 09.10.1989 verabschiedeten Einsatzplanes für die Niederschlagung der Montagsdemonstration waren in den zurückliegenden Tagen bereitgestellt worden. Die Kommandeure der in der Essener Straße stationierten 5. und 21. VP-Bereitschaften waren schon seit dem 05.10.1989 angewiesen, den „Einsatz von Abschussgeräten für Reizwurfkörper, [den] Einsatz der mit Sperr- und Räumschilden vorbereiteten W 50 und SPW, [...] der Wasserwerfer u.a. Mittel“ vorzubereiten. Außerdem hatten sie sich auf die Unterbringung und Führung „zukommandierter Einheiten aus anderen Bezirken“ einzustellen. Insgesamt standen dem Chef der BDVP Leipzig, Generalmajor Straßenburg, somit 3.100 Volkspolizisten sowie 8 Hundertschaften Kampfgruppen zur Verfügung. Außerdem war der Einsatz von 5.000 sogenannten „Gesellschaftlichen Kräften“, SED- und FDJ-Mitgliedern geplant, die durch ihre Anwesenheit den „Provokateuren“ den Platz

streitig machen sollten. Zusätzlich lagen noch 1.500 NVA-Soldaten um Leipzig herum in Reserve.⁶⁶

Martialisch muten die Maßnahmen an, mit denen das Ministerium des Innern und das Ministerium für Staatssicherheit ihre Objekte sicherten. Im Hof der BDVP standen SPW mit Besatzung. An die Außenwachen des Polizeigebäudes am Dittrichring wurden Maschinenpistolen samt 90 Schuss Munition ausgegeben und in der 5. Etage in Richtung Große Fleischergasse drei mit Sandsäcken bewehrte MG-Nester aufgebaut. Die Wache des Stasi-Geländes in Leipzig-Leutzsch erhielt zwei schwere Maschinengewehre und Reizwurfkörper.⁶⁷ Man befürchtete einen Sturm auf Objekte der bewaffneten Organe, die Besetzung des Senders oder des Hauptpostamtes und Lynchjustiz an Funktionären, Staatsangestellten und Sympathisanten. Hier wirkte noch eine Gefahrenantizipation, die auf die Lynchaktionen in den Straßen Budapests während des Ungarischen Volksaufstandes von 1956 zurückgriff.⁶⁸ Es gab aber seit den Ereignissen in Dresden 1989 auch aktuelle Morddrohungen.⁶⁹

Die psychologische Vorbereitung des Tages der Entscheidung bestand in Einschüchterung und Gerüchtemacherei. Seit Tagen waren immer wieder Berichte und Leserbriefe in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht worden, die die Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ und eine Verteidigung gegen „antisozialistische Hetze“ forderten. Den Höhepunkt der Pressekampagne bildete der Leserbrief des Kommandeurs einer Kampfgruppenhundert-schaft. Er erschien am 06.10.1989 in der LVZ unter der Überschrift „Werk tätige des Bezirkes fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden“. Hier hieß es „Wir sind bereit, und Willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand!“⁷⁰ Die Bevölkerung wurde auch mit vagen „Informationen“, dass für den Montagnachmittag ein Schießbefehl bestünde, am Demonstrieren abzuhalten versucht. Von denen, die in der Innenstadt arbeiteten, bekamen viele bereits am frühen Nachmittag frei. Sie wurden zudem aufgefordert, das Zentrum zu verlassen. Geschäfte, Restaurants und Cafés im Umfeld der Nikolaikirche blieben seitdem geschlossen. Eltern veranlasste man, ihre Kinder bis 15.00 Uhr aus den Kindergärten abzuholen. Die Verkäufer vor dem alten Rathaus mussten ihre Stände bis 16.00 Uhr räumen.⁷¹ Viele Beschäftigte Leipzigs wurden durch die staatlichen Leitungen oder durch SED-Mitglieder über die Existenz eines Planes informiert,

demgemäß „am 9. Oktober in Leipzig die Konterrevolution niederzuschlagen“ sei.⁷² In der Schule sagte man den Kindern, dass sie nicht in die Stadt gehen sollten, weil „möglicherweise heute etwas Schlimmes passieren“⁷³ würde. Jugendliche erinnern sich an die Zurechtweisung ihres Direktors: „Wenn wir hingehen, dann können wir von ihm keine Hilfe erwarten.“⁷⁴ Darüber, ob Vorbereitung der Krankenhäuser auf die Versorgung von Schussverletzungen und ob die Bereitstellung von Blutkonserven und Leichensäcken lediglich einschüchternde Gerüchte darstellten oder den Realitäten entsprachen, vermag die zeitgeschichtliche Fachdiskussion keine eindeutige Antwort zu geben.⁷⁵

Die Wehrpflichtigen der Bereitschaftspolizei, die der Bevölkerung gegenüberzutreten sollten, wurden darauf orientiert, dass die „Zusammenrottungen“ bald beendet würden. Hierzu gibt es keine Dokumente, sondern nur Gedächtnisprotokolle. Angehörige der 5. VP-Bereitschaft Leipzig erinnern sich: „Uns hat man konkret gesagt am Montagvormittag, am 9., heute Abend haben die Demonstranten keine Chance, heute sind wir genug Kräfte, heute haben wir genug Technik, heute machen wir dem ganzen Spuk ein Ende.“ Ein anderer gab zu Protokoll: „Speziell nach dem 2. Oktober wurden die anderen Bereitschaften aus diesem Bezirk und aus anderen Bezirken noch einmal extra angewiesen in dem Sinne, dass endlich Schluss gemacht werden soll mit den Demonstrationen und dass da auch reingehalten werden soll. Die wurden praktisch angeheizt.“⁷⁶ Den Bereitschaftspolizisten wurde erzählt, dass sie es mit „Staatsfeinden“ zu tun hätten, „dass es antisozialistische Aktionen sind. Die wollen nicht unseren Staat verbessern, sondern entweder eine andere Gesellschaftsordnung einführen, sprich Kapitalismus, oder sie wollen unser Land verlassen und verunglimpfen.“ – „Wirklich, gesagt wurde, Asoziale, Ausreisewillige, nur Störer, die aus Spaß auf die Straße gehen, die im Knast waren.“⁷⁷ In diesem Zusammenhang kündigten die Offiziere an, dass möglicherweise auch geschossen werden würde: „Uns wurde von Vorgesetzten gesagt, dass unsere Mittel, die wir jetzt haben, also Wasserwerfer und so weiter nicht mehr ausreichen. Und: Wir stehen immer hinter Euch mit der Schusswaffe zur Sicherung. ,Wenn es nötig ist, wird auch geschossen.“⁷⁸ Ähnlich klang die Einweisung, an die sich die Wehrpflichtigen der 21. VP-Bereitschaft erinnerten. „Genossen, ab heute ist Klassenkampf. Die Situation entspricht dem 17. Juni 53. Heute entscheidet es sich – entweder die oder wir. [...] Wenn die Knüppel nicht ausreichen, wird die Waffe eingesetzt.“ Auf die Frage, was mit Kindern sei, habe die Antwort

des Offiziers gelautet: „Die haben Pech gehabt. Wir haben Pistolen, und die haben wir nicht umsonst.“⁷⁹ Zu dieser Konditionierung und gezielten Enthemmung der unterstellten Polizisten sagte der Chef der BDVP, Generalmajor Straßenburg später: „So sind mir im Nachhinein einige Informationen zugekommen, wo einige Einheitsführer, Zugführer dann daraus, um ihre Kräfte zu motivieren, eine absolut überspitzte Einweisung vorgenommen haben.“⁸⁰

Der später in den Medien kolportierte Schießbefehl an SPW-Bordschützen der 21. VP-Bereitschaft Leipzig geht auf einen im Januar 1990 anonym an das Bürgerkomitee Leipzig gegebenen Hinweis zurück. In diesem wird Oberstleutnant Wächtler, der die entsprechenden Wachtmeister darauf vorbereitet hatte, „auf Befehl aus dem Bordmaschinengewehr das Feuer zu eröffnen“ vorgeworfen, dass er den Unteroffizieren, nachdem diese eine „mögliche Befehlsverweigerungen ankündigten“⁸¹ drohte: „Wenn Sie auf meinen Befehl nicht auf das bewusste Knöpfen [der Bordwaffe] drücken, sind Sie am nächsten Tag wegen Befehlsverweigerung vor dem Militärstaatsanwalt.“⁸² In den Jahren danach wurde immer wieder versucht, durch Recherchen und Aufrufe den Hinweisgeber ausfindig zu machen, was jedoch nicht gelang.

Anders als die in Kasernen internierten wehrpflichtigen Bereitschaftspolizisten, die von der Außenwelt und von westlichen Medien abgeschnitten waren, und auch anders als die Berufsunteroffiziere und –Offiziere der Polizei standen die Kämpfer der Kampfgruppe im normalen Zivilleben. Sie lebten nicht nur in einem anderen Erfahrungsraum, sondern hatten letztlich auch gewisse Freiheiten im Umgang mit den Befehlen. Bei den Kampfgruppenangehörigen zeigt sich, dass schon im Verlaufe des Jahres 1989 manchen Befehlen nicht mehr gefolgt wird. So sollte im April 1989 die 124. Kampfgruppenhundertschaft des Chemieanlagenbau Leipzig-Grimma üben, angesichts von „kirchlichen Kreisen“ organisierten Protesten die „Ordnung und Sicherheit“ wiederherstellen. Der Übungsinhalt hatte vor allem bei jungen Kampfgruppenangehörigen Widerspruch ausgelöst. Sie argumentierten, „dass sie unter einer solchen Maßgabe nicht für die Mitarbeit in der KG geworben wurden. Als Knüppelgarde seien die Kampfgruppen nicht gegründet worden und sie möchten auch nicht auf andere einschlagen.“⁸³ Angesichts der Ablehnung solcher Übungen war die entsprechende Ausbildungsanleitung im Mai 1989 zurückgezogen worden. Die hier nicht im Einzelnen nachzuzeichnende Distanzierung von Gewalteinsetzungen gegen die Bevölkerung nahm weiter zu.

Schon am 02.10.1989 waren nur noch 80 Prozent dem Einsatzbefehl gefolgt. Beim nächsten Mal, am 09.10.1989 waren es dann nur noch 58 Prozent. Von der nämlichen Kampfgruppenhundertschaft, deren Kommandeur in dem berüchtigten Leserbrief geschrieben hatte, man müsse „diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand“, waren noch weniger Kämpfer zum Einsatz gekommen – 52 Prozent. Zudem hatten von den Kampfgruppenangehörigen, die am 09.10.1989 überhaupt zum Einsatz erschienen waren, dann noch einmal 12 Prozent den Dienst verweigert, als sie über das Ziel des Einsatzes informiert worden waren, über die Hälfte von ihnen waren SED-Mitglieder.⁸⁴ Obschon manche der Kampfgruppenangehörigen am 09.10.1989 dann schon selbst zu den Demonstrierenden gehörten, war natürlich die Masse der Demonstranten über die Distanz der Kampfgruppenangehörigen gegenüber ihren Einsatzbefehlen nicht unterrichtet.

Zum Verlauf des 9. Oktober 1989 in Leipzig

Um 6.30 Uhr, eine Stunde, bevor die Leipziger Bezirkseinsatzleitung tagen sollte, stieg ein Leipziger Professor in seinen Dienstwagen und ließ sich nach Berlin fahren.⁸⁵ Es war Walter Friedrich, der Direktor des in Leipzig beheimateten Zentralinstituts für Jugendforschung. Er war mit Egon Krenz verabredet. Friedrich und Krenz hatten zusammen studiert⁸⁶ kannten einander immer noch recht gut, und sie hatten auch ein paar Tage zuvor telefoniert. Am 7. und 8. Oktober hatte der Jugendforscher ein 20-Seiten-Papier verfasst, in dem er Krenz in aller Offenheit die Lage schilderte. Seine Analyse der Fehlentwicklungen endete mit der Feststellung, „dass wir uns jetzt an einem schicksalsschweren Wendepunkt der DDR-Geschichte befinden“. Man dürfe „keine Lösung durch Gewalt suchen.“ Wenig später appellierte er in dem Text: „Lieber Egon, es darf kein Blut fließen. Es darf in Leipzig nicht geschossen werden.“⁸⁷ Friedrich erhielt von Krenz als Antwort, dass nicht geschossen werden würde, man das aber nicht garantieren könne, da Gewalt von beiden Seiten ausgelöst werden könne.⁸⁸ Krenz hatte schon am Vortage, so beschreibt er es 1999, auf der bereits erwähnte Beratung mit Generälen aller Bewaffneten besprochen, dass politische Probleme auch politisch gelöst werden müssten und am kommenden Montag keine Gewalt angewendet werden sol-

le.⁸⁹ Honecker, der für eine gewaltsame Lösung war, hatte Krenz dafür vorgesehen, nach Leipzig zu fliegen und vor Ort die Umsetzung der von Honecker gegebenen Befehle zu beaufsichtigen. Krenz sah voraus, dass Honecker sich seines Machtkonkurrenten entledigen konnte, wenn die blutige Auflösung der Leipziger Montagsdemonstration auf Krenz zurückfiele. So versuchte Krenz in dem bereits erwähnten Treffen in Mielkes Büro, eine Gewaltanwendung gegen die Montagsdemonstration auszuschließen. Er rief am Abend dieses Tages auch beim sowjetischen Botschafter an, um sich, so erinnert sich Wjatscheslaw Kotschemassow 1994, für die Suche nach einer friedlichen Auflösung rückzuversichern. Der Botschafter habe daraufhin den Oberbefehlshaber der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte angewiesen, keine Truppenbewegungen und Übungsflüge vorzunehmen und sich unter keinen Umständen einzumischen oder sich provozieren zu lassen.⁹⁰

Als Walter Friedrich nach Leipzig zurückfuhr, hatte er also zwei wichtige Nachrichten im Gepäck: Erstens: Krenz hat versichert, dass nicht geschossen werden würde. Zweitens: Der Machtkampf gegen Honecker war im Gang, dessen Ausgang aber eben offen. Während Friedrich sich dem Hauptschauplatz dieses Tages näherte, erhöhte sich in Berlin der Druck auf Honecker. Er erhielt von SED- und FDJ-Funktionären kritische Papiere zur Lage oder ganze Reformkonzepte. Auch in der Öffentlichkeit, nämlich im Zentralorgan der FDJ, ‚Junge Welt‘ erschien ein solcher Text. Er stammte von Hermann Kant. Der war nicht nur Präsident des Schriftstellerverbandes, sondern auch Mitglied des ZK* der SED. Kant mokierte sich darüber, alle Probleme der DDR „einzig auf das Wirken des allbösen Klassenfeindes zurückzuführen“ und beklagte „bürokratische Gängelung, allwaltender Pädagogismus, verordnete Abstinenz gegenüber Gütern, die anderswo als Normbestandteile des 20. Jahrhunderts gelten, mangelnde Freizügigkeit von Ideen im eigenen Lande“ sowie „Pomp und Gepränge und diese elendige Selbstzufriedenheit“.⁹¹ Um 14.00 wurde Krenz zu Honecker gerufen, da er sich mit der Politbüro-Vorlage, wegen der beide schon am Vortage eine Kontroverse hatten, nicht umstimmen ließ.⁹² Honecker warf Krenz vor, er würde „die Einheit der Partei aufs Spiel setzen und beschied ihm, bevor er ihn entließ: „Tu doch, was du nicht lassen kannst. Ich bin gegen die Erklärung und setzte sie nicht auf die Tagesordnung.“⁹³ Nach dem Gespräch telefonierte Krenz mit den sechs auswärtigen Bezirkssekretären, die dem Politbüro angehörten, und informierte sie über die geplante Politbürovorlage.⁹⁴

Den Krisenherd in Leipzig sahen Honecker, Krenz und Mielke also vor dem Hintergrund des Machtkampfs an der SED-Spitze in Berlin. Honecker stand für eine gewaltsame Lösung, aber seine Machtposition begann zu wanken. Mielke präferierte zu dieser Zeit nicht mehr die Gewaltlösung Honeckers, sondern stimmte mit der Position des kommenden Mannes – oder wofür einiges spricht – auf den von Mielke selbst in Position gebrachten Prätendenten Krenz überein.⁹⁵

In Unkenntnis und unbeeinflusst von den Machtkämpfen in Berlin versuchte Roland Wötzel, Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Gesundheit der SED-Bezirksleitung am frühen Morgen des 09.10.1989 seiner Idee, in der Nikolaikirche einen Dialog zur Deeskalation zu starten weiter Gestalt zu verleihen. Hierzu hatte er am Vortage schon mit dem Kabarettisten Bernd-Lutz Lange, den er darin einbeziehen wollte, telefoniert⁹⁶. Nun, am Montag Morgen hatte Wötzel einige Wissenschaftler zu sich in die SED-Bezirksleitung gerufen. Wötzel eröffnete seinen Gesprächspartnern, so erinnert sich Prof. Bernd Okun, damals Philosoph an der Karl-Marx-Universität, man müsse nun nach Wegen suchen, „die Strategie der Konterrevolution zu durchkreuzen“. Diese Ansprache provozierte jedoch eine harsche Gegenrede der Wissenschaftler. Vielmehr müsse die Strategie des Politbüros, die auf Gewalt setze, durchkreuzt werden, hieß es. Niemand von den ehrlichen Genossen stehe noch hinter der Parteiführung wurde Wötzel beschieden. Von dieser Parteiführung würde die Jugend der DDR nichts mehr erwarten, stellte Prof. Kurt Starke vom Zentralinstitut für Jugendforschung fest. Und Bernd Okun fügte hinzu: „Wenn schon von Konterrevolution die Rede ist, dann ist sie an der Spitze der Partei und Regierung zu suchen, in deren kontraproduktiver Halsstarrigkeit, Reformverweigerung und gestörtem Realitätssinn.“ Was dieser Ausbruch auf Wötzels Seite bewirkt hat, lässt sich nur spekulieren. Okun erinnert sich: „Wötzel stimmte unseren Einschätzungen zu.“

Am Vormittag kamen jedoch auch Signale aus Berlin, die auf Deeskalation hindeuteten. So erhielt der Leiter der Leipziger MfS-Bezirksbehörde, Generalleutnant Hummitzsch von seinem Minister zwei Anrufe. Es sei „alles zu unterlassen, was zu einer Zuspitzung der Situation führt.“ In seinem Arbeitsbuch notierte Hummitzsch ein um 11.18 Uhr geführtes Telefonat

mit Mielke so: „Wenn keine Formierung [zu einer Demonstration], dann was machen? Wird Blut fließen? Kein Waffeneinsatz.“ Die letzten beiden Worte, „kein Waffeneinsatz“ waren unterstrichen. Walter Süß deutete die Quelle 2012 so, dass aus Sicht der Stasi der martialische Aufmarsch der Sicherheitskräfte vor allem der Einschüchterung dienen sollte. Damit sei aber keineswegs schon festgelegt worden, dass die Demonstration nicht auseinandergeprügelt werden würde.⁹⁷

In der Mittagszeit wurde es im Stadtverordnetensaal des Neuen Rathauses laut. Hier sollten 300 SED-Mitglieder aus der Karl-Marx-Universität auf die Kirchenbesetzung eingeschworen werden. Das ging auf den „Entschluss des Chefs der BDVP Leipzig zum Ordnungseinsatz am 9. Oktober 1989“ zurück. Für die Einweisung der im Plan von Generalmajor Straßenburg vorgesehenen „Gesellschaftlichen Kräfte“ waren der 1. Sekretär der SED-Stadtleitung und Sekretäre der SED-Kreisleitung der KMU zuständig. Diese Funktionäre waren nicht auf Debatten mit ‚ihren Parteisoldaten‘ eingestellt. Die Wissenschaftler und Studierenden, die zu kritischen Diskussionen ansetzen wollten, wurden schroff zurückgewiesen. Der Unmut wuchs. Als sich Bernd Okun, wie er sich erinnert, zum „Volksredner aufschwung“ und die schon am Morgen bei Roland Wötzel geäußerten Kritiken wiederholte, bekam er nach jeder These „prasselnden Beifall“. Doch er sagte auch, dass er für die Aktion in der Nikolaikirche sei, „weil damit Dialogbereitschaft, Solidarisierung und Kritik an der Parteiführung signalisiert werden könne.“ Dann machten sich die SED-Mitglieder in kleinen Gruppen auf, die Nikolaikirche zu besetzen.⁹⁸

Roland Wötzel dachte zu dieser Zeit in der SED-Bezirksleitung über die immer geringer werdende Chance eines „Dialogs“ in der Nikolaikirche nach. Nach 14.00 sollte ihn Bernd-Lutz Lange anrufen. Um 13.45 Uhr rief aber zunächst einmal Gewandhauskapellmeister Prof. Kurt Masur bei Dr. Kurt Meyer in der Bezirksleitung an. Letzterer war Sekretär der SED-Bezirksleitung für Kultur. Masur und Meyer kannten und vertrauten einander, sie hatten sich zuletzt am 06.10.1989 getroffen und sich besorgt über die Zuspitzung der Lage ausgetauscht. „Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken, was man tun kann, um heute Abend das Schlimmste zu verhindern“, sagte Kurt Masur am Telefon.⁹⁹ Kurt Meyer entgegnete, dass er auch das Schlimmste befürchte und zurückrufen werde. Masur fuhr daraufhin nach Hause. Meyer ging zu Helmut Hackenberg, dem amtierenden 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, der

nach Meyers Erinnerung auch „auf Besonnenheit gedrängt“ habe, und informierte ihn über seine und Masurs Befürchtungen. Bei Hackenberg traf Meyer auch auf Jochen Pommert, Sekretär der SED-Bezirksleitung für Agitation und Propaganda. Das Gespräch fasste Kurt Meyer in seinem Interview vom 15.12.1989 so zusammen: „Wir waren uns einig, man müsse alles tun, um jene, die gewillt sind zu einer friedlichen Lösung zusammenzuführen. Nach dieser, sagen wir, Legitimation, ging ich zurück in meine Arbeitszimmer und traf auf dem Gang auf Roland Wötzel.“¹⁰⁰ Der sah, dass eine Konstellation eingetreten war, die man für die Unterbreitung eines ernst zu nehmenden Gesprächsangebots nutzen konnte. Wötzel, der Sekretär für Wissenschaft, hatte auch den Fall von Dr. Peter Zimmermann auf den Tisch bekommen. Zimmermann wollte aufgrund der Prügelexzesse in Leipzig und Berlin am 07.10.1989 seine Auszeichnung, die er anlässlich des 40. Jahrestages der DDR erhalten hatte, zurückgeben und diesen Akt mit einem Protestbrief an Honecker samt Durchschlag zur Veröffentlichung in der LVZ komplettieren. Zimmermann war Theologe, Mitglied der CDU und engagiert in der Nationalen Front – und insofern ein geeigneter Kandidat für einen Aufruf auf breiter Basis. Roland Wötzel rief ihn mehrfach an. Dazwischen klingelte sein Telefon. Es war der verabredete Anruf von Bernd-Lutz Lange. Nun gab es einen konkreten Plan. Wötzel fragte Lange, wo man etwas Wichtiges besprechen könnte, worauf man sich in Langes Wohnung verabredete. Kurt Meyer beschrieb wenige Wochen später die Unsicherheiten dieser Situation: „Wötzel und ich wussten um unsere gemeinsame Positionen, und ich wusste, dass bei Jochen Pommert ein großer Umdenkungsprozess eingesetzt hatte. Ich sagte, ich würde Masur anrufen, um ihm ein Gespräch vorzuschlagen. Pommert sagte zu mir und Wötzel: ‚Wir sind uns doch klar darüber, was das für uns drei heißt – Parteiausschluss, denn die Parteiführung sieht die Massen auf der Straße als Konterrevolutionäre an, und wir stellen uns auf diese Seite.“¹⁰¹ Inzwischen hatte man bei Kurt Masur nachgefragt, ob man auch zu fünft zu einem Gespräch erscheinen könne. Dann machten sich Kurt Meyer, Jochen Pommert und Peter Zimmermann zum Haus von Kurt Masur auf. Roland Wötzel fuhr zu Bernd-Lutz Lange. In seiner Wohnung sagte er ihm, dass man gemeinsam mit den Vorgenannten einen Aufruf plane und fragte, ob er sich beteiligen würde. „Es gab bei Bernd-Lutz Lange überhaupt kein Überlegen, der war sofort bereit“, erinnert sich Wötzel.¹⁰² Gegen 15.00 Uhr fuhren die beiden zu Masur, wo dessen andere drei Gäste schon warteten.

Ein anderer Aufruf war zu dieser Zeit schon fertig. Um 15.15 Uhr wurde an der Eingangsseite der Nikolaikirche ein bettlakengroßes gelbes Tuch angebracht: „Leute – keine sinnlose Gewalt! Reißt Euch zusammen und lasst die Steine liegen.“¹⁰³ Das wurde natürlich dem Chef der MfS-Bezirksverwaltung von seinen Beobachtern sogleich gemeldet. Kurz nach drei Uhr beschied der Generalleutnant seinen Einsatzkräften vor Ort: „Plakat bleibt!“¹⁰⁴ Zur gleichen Zeit suchte Landesbischof Johannes Hempel den stellvertretenden Vorsitzenden des Rates des Bezirks für Inneres, Hartmut Reitmann, auf. Der Bischof teilte dem Vertreter der Staatsmacht mit, dass er am Abend an die Teilnehmer des Friedensgebetes einige Worte richten wolle. Er wolle sagen, dass Gespräche „zwischen dem Staat und den Jungerwachsenen, die auf die Straße gehen“ nötig seien, aber ebenso auch „Besonnenheit und absolute Gewaltlosigkeit.“ Reitmann macht dem Kirchenmann gegenüber deutlich, dass die Kirche die Situation „beruhigen“ müsse und dass die Sicherheitsorgane so lange Besonnenheit bewahren würden, wie sich keine Demonstration bilde und keine Gesetze verletzt würden. „Wenn der Bischof mit Nachdruck dazu auffordert, notfalls auf dem Nikolaikirchhof per Mikrofon, dass die Teilnehmer friedlich den Platz verlassen und nach Hause gehen sollen“, würde er, Reitmann, sich dann auch bereitfinden, am Dienstag, den 10.10.1989, mit etwa 20 Vertretern der kirchlichen Gruppen zu sprechen.¹⁰⁵ Hier griff die Leipziger Staatsmacht offensichtlich auf das am 08.10.1989 in Dresden geglückte „1. Rathausgespräch“ zwischen Abgesandten der Demonstranten – der späteren „Gruppe der 20“ – und dem OBM zurück. Hans Modrow hatte bereits am 06.10.1989 seine Position als Chef der Bezirkseinsatzleitung Dresden dazu genutzt, den Konfrontationskurs der SED-Führung zu durchbrechen und zu einer politischen Konfliktbewältigung überzugehen.¹⁰⁶ Reitmann allerdings versuchte mit seinem ‚Vermittlungsversuch‘ die Leipziger Demonstration von vornherein auszuschließen. Er informierte den Chef der BDVP, Generalmajor Straßenburg und den Leiter der MfS-Bezirksbehörde, Generalleutnant Hummitzsch über das Gespräch und sein Angebot an den Bischof. Auch der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Generaloberst Rudi Mittig, wurde 15.54 Uhr über das Gespräch informiert und war mit dem Arrangement einverstanden.¹⁰⁷ Es entsprach ja auch ganz dem Konzept, die Demonstration zu verhindern.

Um 16.20 Uhr musste allerdings Bischof Hempel bei Reitmann anrufen und ihm mitteilen, dass ihr Arrangement keine Basis mehr habe und er die Demonstranten nicht zum Verlassen

des Platzes wird auffordern können, weil sich die Lage dort „sehr verworren“ darstelle. Hempel teilte mit: „Die Kirche sei von einer großen Anzahl Nichtkirchenangehöriger besucht. Viele Gruppen seien seit 14.00 Uhr in die Kirche hineingegangen“, sodass für die Kirche „jetzt eine merkwürdige Situation“ entstanden sei.¹⁰⁸ Die Kirche war von einem Teil der in der Einsatzplanung vorgesehenen „Gesellschaftlichen Kräfte“ besetzt worden. Allerdings waren nur 600 bis 1.000 gekommen. Pfarrer Führer hatte zudem die Empore erst kurz vor 17.00 Uhr geöffnet, sodass auch noch reguläre Kirchenbesucher Einlass fanden und die Besetzung nicht ihre volle Wirkung entfalten konnte.¹⁰⁹ Die Instruktion der Besetzer lautete, in der Nikolaikirche Platz zu nehmen und abzuwarten, es sei schon festgelegt, wer dort sprechen würde.¹¹⁰ Zu dieser Aktion sagte Roland Wötzel 1992: „Es war vorgesehen, dass einer von den Professoren auftritt und sagt, es gibt Leute, die bereit sind. Ich wollte mich in die Nikolaikirche begeben, und wenn die Frage gekommen wäre, wer es ist, der dazu spricht, wäre ich bereit gewesen zu sagen: ‚Wir sind zu dieser Aktion bereit, und wir wollen den Dialog.‘“¹¹¹

Inzwischen rangen die Leipziger Sechs in Masurs Haus um einen Aufruf. Bernd-Lutz Lange, der die Ideen der Runde notierte, erinnert sich: „Pommert versuchte das Wort ‚vertrauensvoll‘ in den Text einzubringen. Darauf Masur heftig: ‚Geht nicht! Vertrauen ist weg!‘“¹¹² Der beschrieb die Situation später so: „Machen wir uns nichts vor, das waren völlig verschiedene Positionen. Und die einen, die der Partei angehörten und sogar in der Bezirksleitung tätig waren, wussten, dass sie ohnehin die größten Schwierigkeiten haben werden. Keiner wusste um den Ausgang und wir hatten alle schlechterdings das Gefühl, dass jetzt etwas geschehen muss, und dass wir vor uns selbst nicht geradestehen könnten, wenn wir nicht alles in die Waagschale werfen, was uns im Augenblick zu Gebote stand.“ Roland Wötzel erinnert sich: „Die Formulierung des Aufrufes ging sehr schnell. Wir haben kooperativ und sehr schnell formuliert, weil wir uns eigentlich im Grundziel einig waren: Keine Gewalt, miteinander sprechen und das, was sich angebahnt hat, in friedlichen Bahnen ablaufen zu lassen.“¹¹³ Während der Verhandlungen wurde Wötzel vor die Tür gerufen. Der unangekündigte Besucher war Walter Friedrich, der Wötzel gut kannte, Stunden zuvor bei Krenz gewesen war und nun darüber informieren wollte, was er im Berliner Zentrum der Macht erfahren hatte. Friedrich erinnerte sich: „Ich wollte die entscheidende Botschaft, die ich oben gehört hatte, nämlich den bevorstehenden Sturz Honeckers, hier unten an die entscheidenden

Leute vermitteln. [...] Ich dachte, wenn ein Anruf von Honecker kommt, dass man hier unten vielleicht auch die Kraft aufbringt, ihn zu blockieren. Mit diesem Vorsatz bin ich zurückgefahren und habe versucht, an Herrn Wötzel heranzukommen.“¹¹⁴ Roland Wötzel erinnert sich, dass Friedrich ihm aber nicht nur gute Nachrichten überbracht habe, sondern „dass die Kräftekonstellation sich nicht zugunsten der Kräfte im Politbüro gestaltet, die eine Veränderung wollten.“ Weil Wötzel die Fertigstellung der Resolution nicht mit Verzögerungen belasten wollte, habe er die Informationen aus Berlin für sich behalten.¹¹⁵ Nachdem sich die Leipziger Sechs auf einen gemeinsamen Text geeinigt hatten, fuhr man 16.30 Uhr ins Gewandhaus¹¹⁶ Lange erinnert sich: „Ich setze mich in einem Raum an eine Schreibmaschine, tippte den Aufruf mit einigen Durchschlägen und las ihn noch einmal allen vor. Zimmermann stürzte gleich darauf mit den Durchschlägen los, damit der Text in den Kirchen verlesen werden konnte.“¹¹⁷ Masur sprach den Text im Tonstudio des Gewandhauses zwei Mal auf Band, einmal für den Sender Leipzig und einmal für den Stadtfunk.¹¹⁸ Danach informierten die drei SED-Bezirkssekretäre ihren amtierenden 1. Sekretär, Helmut Hackenberg über den bevorstehenden Aufruf. Bernd-Lutz Lange erinnert sich: „Ehe wir auseinandergingen, versicherten uns die SED-Funktionäre im Arbeitsraum von Masur, dass die Polizeikräfte äußerste Zurückhaltung walten lassen würden.“¹¹⁹ Pommert, so erinnert sich Masur, rief schon vom Gewandhaus aus Kommandeure an, damit diese sich zurückhalten.¹²⁰ Peter Zimmermann brachte danach die schriftlichen Fassungen des „Aufrufes zur Besonnenheit“ in vier Kirchen, in denen die Friedensgebete ab 17.00 Uhr begannen.¹²¹ In der Nikolaikirche kam er „völlig erschöpft und entnervt“¹²² an. Hier hatte sich inzwischen auch herausgestellt, dass das SED-Konzept, die Kirche mit SED-Mitgliedern zu besetzen und gleichzeitig dort den Dialog zu suchen, nicht aufgegangen war. Von draußen, so erinnert sich eine Zeitzeugin, hörte man Pfiffe, Buhrufe, rhythmisches Klatschen und „Stasi raus!“, „Gorbi, Gorbi“, „Wir bleiben hier!“, „Wir sind das Volk!“ sowie „Keine Gewalt!“.

Kurz vor Beginn der Friedensgebete war die Befehlslage immer noch auf die Zerschlagung einer Demonstration ausgerichtet. Um 16.48 Uhr hatte der Chef der BDVP Leipzig, Generalmajor Gerhard Straßenburg, noch einmal den Leiter der MfS Bezirksbehörde, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, über das von ihm geplante Vorgehen informiert: „Abgang Nico[laikirche] gewähren [aber] Demo verhindern.“ Um 17.41 Uhr telefonieren Straßenburg

und Hummitzsch nochmals. Hummitzsch notiert: „Herger/Wagner – wenn nicht prov. dann nicht einschreiten.“¹²³ Der Politikwissenschaftler Walter Süß deutet die Notiz so, dass Wolfgang Herger, Leiter der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED und die rechte Hand, „man könnte auch sagen: der Vordenker von Egon Krenz“ und Karl-Heinz Wagner, einer der stellvertretenden Minister des Inneren und als Stabschef der Mann, der für die Anleitung der praktischen Einsätze zuständig war, sich abgesprochen hatten und Wagner dann die Linie nach Leipzig an Straßenburg weitergab.¹²⁴ Zwei Minuten später telefonierte Hummitzsch mit dem Leiter der Bezirkseinsatzleitung Helmut Hackenberg, der festlegte, „So lange es geht, nichts machen.“¹²⁵ Beide überlegten, ob und wen Hackenberg in Berlin anrufen sollte.¹²⁶

Ab 18.00 Uhr wurde der „Aufruf zur Besonnenheit“ durch den Stadtfunk über die Tonsäulen in der Innenstadt gesendet, darüber hinaus über Radio DDR und den Sender Leipzig.¹²⁷ Zu dieser Zeit begann sich auch der Demonstrationzug zu formieren. Die Demonstrierenden, die den Aufruf tatsächlich hören konnten, fühlten durch den „Aufruf zur Besonnenheit“ eine „große Erleichterung“ und sich „gestärkt.“ Sie applaudierten. Eine ältere Frau erinnert sich zwei Jahre später daran, wie der Aufruf auf sie gewirkt hatte: „Ich habe mal gelernt, Revolutionen haben immer dann Erfolg, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Die unten wollen nicht mehr und die oben können nicht mehr. Dass mir also jetzt klar wurde, dass die eben zumindest auf Bezirksebene nicht mehr konnten. [...] Natürlich auch, dass ein Mann wie Professor Masur sich mit einschaltete, das ist schon richtig, aber dieses war ein Symptom der Schwäche der Bezirksleitung.“¹²⁸

Wie in der politischen Hierarchie blieb auch in der polizeilichen Befehlskette eine klare Weisung aus der Berliner Zentrale aus. Zwar wurde immer wieder angewiesen, nicht einzuschreiten, so lange man nicht angegriffen oder sich ein Demonstrationzug formieren würde. Dennoch bestand weiterhin der zentrale Befehl, die Demonstration aufzulösen. Der Chef der BDVP Leipzig, Generalmajor Gerhard Straßenburg, informierte gegen 18.00 Uhr Innenminister Dickel über die riesige, friedliche Menschenmenge und stellt fest, dass die eigenen Kräfte für ein polizeiliches Vorgehen nicht mehr ausreichten. Dickel erklärte, dass man in Leipzig nach eigener Lageeinschätzung und Verantwortung handeln soll.¹²⁹ Um 18.15 Uhr bat Straßenburg noch „um die Unterstellung der 4 Kompanien VP-Bereitschaft Halle mit Sonderaus-

rüstung“. Diese wurde auch nach Leipzig in Marsch gesetzt.¹³⁰ Während Straßenburg Verstärkung anforderte, meldete der Chef der MfS Bezirksbehörde Leipzig, Generalleutnant Hummitzsch seinem Minister und kurz danach dessen Stellvertreter die Zahl von 20.000 Demonstranten: „stehen rum, Ruhe (18.12 Uhr)“ und drei Minuten später: „kein Einschreiten \ 20.000 \ nicht überschaubar \ tausende Flugblätter \ Fritzsche weiß noch nichts von dem Entschluss“¹³¹ Die im Lagebericht erwähnten Flugblättern stammten von den Leipziger Bürgerrechtsgruppen. Auf 30.000 von ihnen stand unter anderem: „Wir sind ein Volk. Gewalt hinterlässt ewig blutende Wunden.“ (*siehe Dokumentenanhang*) Sie wurden an Demonstranten und Sicherheitskräfte verteilt.¹³² Die letzte Bemerkung im Lagebericht bezog sich auf Oberst Fritzsche, Leiter des VPKA Leipzig, der den Angriff auf die Demonstranten am Bahnhof leiten sollte. Noch war also ein Angriff auf die Demonstranten nicht abgewendet.

Um 18.30 Uhr waren es schon 50.000 Demonstrierende. In Telefonaten mit Hackenberg und Hummitzsch stimmt man sich so weit ab, dass Hackenberg in einem Gespräch mit Krenz zu einer Entscheidung kommen solle. Bis dahin solle Eigensicherung gelten. Das war 18.27 Uhr. Während der Demonstrationzug sich formierte und der Aufruf der Leipziger Sechs veröffentlicht war, diskutierten die drei SED-Sekretäre mit dem amtierenden 1. Sekretär die Lage. Hackenberg billigte den Aufruf nicht. Doch inzwischen war der Demonstrationzug in Gang gekommen und in absehbarer Zeit würde er am Hauptbahnhof den Punkt erreichen, an dem die Polizei einschreiten sollte. Hackenberg rief noch einmal in Berlin an. Er erreichte Krenz, welcher ankündigte, sofort zurückzurufen, da er sich noch abstimmen müsse. Doch Krenz rief nicht zurück und Hackenberg fragte die anwesenden SED-Sekretäre, was ihrer Meinung nach die angemessene Entscheidung sei. Wötzel erinnert sich: „Wir saßen ja eigentlich ohne Verbindung zur Zentrale da. Wir haben gesagt, also wir haben ja den Aufruf gemacht, du musst einfach entscheiden, dass die Truppen, alle Verbände, sich weiter zurückziehen, dass es nicht den äußeren Anlass gibt. Diese Gespräche gab es dann ständig mit Helmut Hackenberg, aber ich hatte den Eindruck, dass es gar nicht schwer war. Ich bin davon ausgegangen, dass auch Straßenburg als Polizeichef eigentlich darauf eingestellt war, dass es nicht zu einer Konfrontation kommen durfte.“¹³³ Hackenberg wies in seiner Funktion als Chef der Bezirkseinsatzleitung die Sicherheitskräfte an, sich zurückzuhalten. Bei der VP wurden, damit es nicht zur Konfrontation kommt, „bestimmte Offiziere, die an bestimmten Schwerpunkten

eingesetzte waren“ abgeholt und ersetzt.¹³⁴ Hackenbergs einzige Darstellung dieser Minuten stammt aus einer staatsanwaltlichen Vernehmung. Er gab 1990 zu Protokoll: „Als die Demonstration nach 18.00 Uhr in Bewegung kam, habe ich mich mit Genossen Straßenburg in Verbindung gesetzt und ihm den Vorschlag unterbreitet, alle Polizeieinheiten zurückzuziehen. Ein Eingreifen hätte unvorstellbare Folgen. Genosse Straßenburg hat meine Festlegung konsequent durchgeführt und ich habe ihm erklärt, dass ich die Verantwortung trage.“¹³⁵ Um 18.35 Uhr kam der entscheidende Befehl, der sich in den Dokumenten der Polizei so liest: „Vorsitzender der BEL (*das ist die Bezirkseinsatzleitung, dessen Vorsitzender Hackenberg war – T.A.*) und Chef (*der BDVP Leipzig, Generalmajor Straßenburg – T.A.*): Nach Bestätigung wird befohlen, keine aktiven Handlungen gegenüber Demonstranten zu unternehmen. Befehl Chef: An alle Einsatzkräfte ist der Befehl zu erteilen, dass der Übergang zur Eigensicherung einzuleiten ist! Einsatz Kräfte nur bei Angriffen auf Sicherungskräfte, Objekte und Einrichtungen. Bei Angriff – Abwehr mit allen Mitteln.“¹³⁶

Der letzte Satz des Befehls zeigt, dass 18.35 Uhr der Zeitpunkt war, von dem ab der friedliche Ausgang der Demonstration vom 09.10.1989 in den Händen von weit mehr als 70.000 Demonstrierenden gelegen hat.

Der Befehl, auf den Angriff auf die Demonstranten zu verzichten und zur Eigensicherung überzugehen, erreichte die am Bahnhof konzentrierten Kräfte 5 Minuten vor der Konfrontation mit dem Demonstrationszug.¹³⁷ Später erklärte der Chef der BDVP Leipzig, Generalmajor Gerhard Straßenburg, dass er seine Entscheidungen vom 09.10.1989 alleine getroffen habe. „Hier sind keine Forderungen gestellt worden, weder durch Herrn Krenz und nicht durch Herrn Hackenberg, nicht zur Beruhigung und nicht zur Eskalation. [...] Ich war für Maßnahmen der Polizei verantwortlich und nicht für Maßnahmen der NVA oder der Staatssicherheit oder des Parteiapparates. Ich habe meine Verantwortung getragen und die war abgegrenzt und zu der stehe ich“¹³⁸ Vom Aufruf der Leipziger Sechs habe er erst gegen 19.00 Uhr erfahren.¹³⁹

Krenz rief erst gegen 19.30 in Leipzig an. „Helmut Hackenberg sagte ihm, es lief gewaltfrei. Von unserer Aktion“ – Kurt Meyer meint den Aufruf der Leipziger Sechs – „wurde ihm da

noch nichts erzählt.“¹⁴⁰ Bevor Hackenbergs Telefon klingelte, fasste dieser die Situation lakonisch zusammen: „Nu brauchen se auch nicht mehr anzurufen, nun sind se ‘rum.“¹⁴¹

In den Reihen der Sicherheitskräfte rief der Rückzugsbefehl große Erleichterung hervor. Dass es bei den jungen Wehrpflichtigen Bereitschaftspolizisten „gegenüber diesen Einsätzen eine große Abneigung“ gab, wie einer ihrer Offiziere meldete, ist schon beschrieben worden.¹⁴² Aber auch viele Offiziere waren offensichtlich froh, dass ihnen die blutige Auflösung der Demonstration erspart geblieben ist. Ein Oberstleutnant der Bereitschaftspolizei erinnert sich an den Rückzugsbefehl: „Es war für die, die unmittelbar die Weisung am Führungsfahrzeug mitgehört hatten, eine unheimliche Erleichterung, dass dieser Einsatz so zu Ende geht. Ich kann mich an die Äußerung eines Hundertschaftsführers beziehungsweise Kompaniechefs erinnern, der sich spontan äußerte: ‚Wer das festgelegt hat, der müsste auf der Stelle ausgezeichnet werden.‘ [...] Das hat wohl keine zehn Minuten gedauert, da war das Gespräch da, und es war dann schlagartig eine ganz andere Atmosphäre. Die Spannung war weg, es wurde auf einmal locker diskutiert bis hin, dass einige Tränen in den Augen hatten.“¹⁴³ Die Erleichterung bezog sich nicht nur auf die Angst vor der körperlichen Auseinandersetzung in einer Straßenschlacht wie in Dresden. Denn die Demonstranten skandierten „Wir sind das Volk“.¹⁴⁴ Und sie waren es. Und auch nach dem Wertesystem der „Volkspolizei“ und der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ war die Legitimität auf Seiten der Demonstrierenden, möge die Demonstration auch „ungenehmigt“ sein. „Bei einer Konterrevolution hätten wir keine Auseinandersetzung gefürchtet“, sagte ein Stasi-Major „doch gegen die spätere friedliche Revolution des Volkes hatten wir kein Konzept [...] denn vor uns stand ‚das Volk‘.“¹⁴⁵

In den mit einem Abstand von 20 Jahren notierten Erinnerungen eines Demonstranten ist immer noch das Gewicht dieser Stunden zu spüren: „Es war kalt am 9. Oktober 1989, sehr kalt. Ich weiß noch, dass ich Handschuhe trug und gegen meine Gewohnheit vor Aufregung rauchte. Der Zugang zum Nikolaikirchhof war verstopft, sodass wir, von der Unibibliothek kommend, gleich auf den Karl-Marx-Platz hinausgingen. Dort klinkte sich mein Mitbewohner, der noch letzten Montag bis zum bitteren Ende mitmarschiert war, hastig aus – in der felsenfesten Überzeugung, dass diesmal Blut fließen würde. Dann nahm das Geschehen seinen Lauf: 70.000 Demonstranten zogen um den Ring, riefen ‚Wir sind das Volk!‘ und ‚Keine Gewalt!‘, bis sich die Sicherheitskräfte schließlich zurückzogen. Auf Höhe des Neuen Rathauses

vernahmen wir den Aufruf der Leipziger Sechs, gesprochen vom Dirigenten Kurt Masur. Ungläubig lauschte ich den Worten aus dem schnarrenden Stadtfunk-Lautsprecher: ‚...dass dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird!‘ Es war der Moment, in dem Honeckers DDR wie ein Kartenhaus zusammenfiel – auch wenn die Mauer noch genau einen Monat halten sollte. Später, in den Katakomben der Moritzbastei, feierten wir den Sieg wie einen Sieg, bei Bier und atemlosen Gesprächen. Ja, es lag Pathos in der Luft, das Erlebte fühlte sich ‚revolutionär‘ an, ‚historisch‘; diese Worte geisterten durch viele Köpfe. Etwas Großes war geschehen.“¹⁴⁶

Die Organisation der öffentlichen Diskussionsveranstaltungen in einer machtpolitisch offenen Situation.

Zwar hatte der Verlauf des 09.10.1989 die Machtbalance verändert, die Herrschaftsstrukturen waren jedoch völlig unangetastet geblieben. Neue Entwicklungen hätten es den Herrschenden auch ermöglichen können, ihre Repressionsmittel wieder einzusetzen. Die Tage nach dem 09.10.1989 waren also machtpolitisch offen. Der Kabarettist Gunter Böhnke, der die Spitzen des Staats- und Polizeiapparates des Bezirks Leipzig zur Debatte „Rechtsstaat – Staatsrecht“ einladen wollte, erinnerte sich noch heute an seine damaligen Empfindungen. Es war ihm, als würden diese Machthaber nicht nur seine Einladung an- oder ablehnen, sondern ihm implizite auch noch mitteilen: „Wir werden uns alle noch einmal wieder sehen. Aber dann bestimmen wir die Spielregeln.“

Die Organisatoren der in diesem Buch vorgestellten Debatten hatten sich schon am 09. und 10.10.1989 dazu entschlossen, solche Gesprächsrunden zu organisieren und zu moderieren. Für die hier dokumentierten öffentlichen Diskussionen waren es Roland Wötzel, die Mitglieder des academixer-Ensembles, der Rektor der Karl-Marx-Universität sowie Kurt Masur, der die erst später einsetzenden Gewandhausgespräche aber schon am 9.10. mit den Leipziger Sechs verabredet hatte. Es waren also engagierte Leipziger, die gleichermaßen über institutionalisierte Ressourcen wie auch die moralische Autorität verfügten, zu solchen öffentlichen Diskussionen einzuladen. Damit konnten sie dazu beitragen, dass die enteignete Öffentlich-

keit partiell zurückgewonnen wurde und dass die Auseinandersetzung um das Regime in der DDR in gewaltfreien Bahnen blieb.

Die zentrale und lokale SED-Führung machte in der Woche nach dem 09.10.1989 den „Dialog“ zur offiziellen Losung für Funktionsträger im Staat und in den Parteien des sogenannten demokratischen Blocks. Hier wies man den „Dialogen“ unterschiedliche Funktionen zu. Für die einen waren die „Dialog-Veranstaltungen“ nichts weiter als eine Finte beim Erhalt der Macht, der letzte verbliebene Weg, sich ohne eine nachhaltig delegitimierende und international isolierende blutige Lösung im Sattel zu halten. Die sozialistischen Reformer hingegen versprachen sich von den „Dialogen“, dass die Diskussionsveranstaltungen den Druck aus der Situation herausnehmen und die Demonstrationen ‚auslaufen‘ würden. In der so gewonnenen Zeit wollten sie ihre Kräfte gegen ‚die Betonköpfe‘ organisieren, zeitgemäße Konzepte kommunizieren und aus den alten Strukturen heraus Reformen unterschiedlicher Intensität vornehmen. Beide Handlungsoptionen lösten sich noch während der sechs Wochen der „Dialoge“ in Luft auf, während einige Blockparteien sich aus der Einbindung in den Demokratischen Blocks zu lösen begannen.

Ohnehin dürfen die unterschiedlichen Intentionen, die die Organisatoren, Moderatoren oder eben die Machthaber mit sogenannten „Dialog-Veranstaltungen“ verbanden, nicht mit den realen Wirkungen der öffentlichen Diskussionen verwechselt werden. Die öffentlichen Veranstaltungen entwickelten ihre ganz eigene Dynamik – sowohl durch die Inhalte, aber auch dadurch, dass es in den Debatten zu einer Neuaushandlung von Machtverhältnissen kam. Deswegen wird in dieser Dokumentation auch nicht der Terminus „Dialog“ benutzt. Denn er unterstellt die alte Sicht der SED, nämlich das Zwiegespräch zwischen einer als einheitlich gedachten Partei und einem in seiner Interessenlage ebenso einheitlich gedachten – bestenfalls durch „nichtantagonistische Widersprüche“ geprägten – Volk. Diese Sicht ist den öffentlichen Diskussionsveranstaltungen nicht angemessen. Auch die pazifizierende Signalwirkung, die der „Dialog“-Begriff in den Wochen nach dem 09.10.1989 hatte, liefert heute keinen Grund mehr, den Dialog-Begriff bei der Analyse der öffentlichen Diskussionen weiter zu nutzen. Die hier dokumentierten öffentlichen Veranstaltungen waren keine „Dialoge“. Sie waren Debatten. Es gab sehr unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Positionen, sowohl innerhalb der Podien, in denen Verantwortungsträger und Experten vertreten, wie auch un-

ter den Teilnehmern selbst und natürlich zwischen diesen und den Leuten im Podium. Und auch das Machtgefälle zwischen Podium und Publikum konnte sich innerhalb der Debatten ändern: Einige Funktionsträger wurden oft auf offener Szene und von Angesicht zu Angesicht demontiert und verließen zumindest symbolisch entmachtete das Podium.

Die Intentionen vieler Machtstrategen, die so genannten „Dialoge“ gegen die Demonstrationen auszuspielen, sind also nicht aufgegangen. Das liegt nicht nur daran, dass die zahlreichen Diskussionsveranstaltungen schon von der Zahl ihrer Besucher her viel zu klein waren, um das Anschwellen der Demonstrationen verhindern zu können. Auch inhaltlich entwickelten sich die Debatten sofort in eine andere Richtung. Bis auf sehr wenige Wortmeldungen in der Woche nach dem 09.10.1989, die für eine Pause beim Demonstrieren plädierten, wurden die Demonstrationen immer begrüßt. Zum einen als jene Bewegung, die die als befreiend empfundenen Debatten, in denen die Mächtigen vor aller Angesicht Farbe bekennen mussten, in denen man seine Forderungen erheben und seine Problemsichten und Lösungsvorstellungen darlegen konnte, überhaupt erst möglich machte. Zum anderen wurden die Demonstrationen als einziges nicht zu verfälschendes Volks-Votum empfunden. Die Losungen der Demonstrationen wurden auch oft in den Debatten zitiert. Und immer wieder teilten Redner mit, dass sie auf die Demonstration gehen werden oder riefen auch explizit zum Demonstrieren auf. Bernd-Lutz Lange, der auf der zweiten öffentlichen Debatte am Sonntag, den 15.10.1989 im Studentenklub Moritzbastei feststellte: „Wir brauchen jetzt nicht Kosmetik, sondern Chirurgie“ traf einen Tag später auf der Montagsdemonstration ein Demonstrantin mit einem Schild: „Wir brauchen Chirurgie – keine Kosmetik!“¹⁴⁷

Die Problemsichten und die Lösungsvorstellungen der Debattenteilnehmer können an dieser Stelle kaum angemessen beschrieben werden. Sie erschließen sich am besten durch die Lektüre der folgenden Dokumentation.

¹ Hollitzer 1999, S. 252.

² Kotschemassow 1994, S. 175f.

³ Richter 2009, S. 243

-
- ⁴ Hollitzer 1999, S. 253
- ⁵ Hollitzer 1999, S. 253f.
- ⁶ Hollitzer 1999, S. 256f.
- ⁷ Tetzner 1990, S. 9; Döhnert/Rummel 1994. S. 151.
- ⁸ Süss 2012, S. 179.
- ⁹ Tetzner, Reiner 1990, S. 9, Döhnert/Rummel 1994. S. 151.
- ¹⁰ Süss 2012, S. 176.
- ¹¹ Richter 2009, S. 254.
- ¹² Süss 2012, S. 177
- ¹³ Voigt 1990, S. 74.
- ¹⁴ Süss, S. 177.
- ¹⁵ Heider 2004, S. 110.
- ¹⁶ Richter 2009, 255ff.
- ¹⁷ Richter 2009, 269ff
- ¹⁸ Richter 2009, S. 362.
- ¹⁹ Heider 2004, S. 101.
- ²⁰ Bröckermann 2012, S. 135.
- ²¹ Bröckermann 2012, S.137.
- ²² Richter 2009, S. 240.
- ²³ Heider 2004, S. 101.
- ²⁴ Süss 2012. S. 181.
- ²⁵ Süss 2012. S. 181.
- ²⁶ Neues Forum 1989, S. 65-69.
- ²⁷ Kuhn 1992, S. 114.
- ²⁸ Neues Forum 1989, S. 280.
- ²⁹ Lange, 1997, S. 82f.
- ³⁰ In Kuhn 1992, S 114 schreibt sich Lange die Idee selbst zu, in Lange 1997 schreibt er sie Wötzel zu.
- ³¹ Kuhn 1992, S 114.
- ³² Vgl.: Lindner 2014, S. 39
- ³³ Hollitzer/Sachenbacher 2012, S. 418f., Kuhn 1992, S. 82ff..
- ³⁴ Richter 2009, S. 345.
- ³⁵ Aussage von Wolfgang Schwanitz in: Und diese verdammte Ohnmacht 1991, S. 217; dagegen: Riecker/Schwarz/Schneider 1990, S.189.
- ³⁶ Krenz 1999, S. 123.
- ³⁷ Hollitzer 1999, S. 261.
- ³⁸ Kuhn 1992, S. 69.

-
- ³⁹ Andert/Herzberg 1990, S. 375.
- ⁴⁰ Kuhn 1992, S.70.
- ⁴¹ Riecker/Schwarz/Schneider 1990, S. 217.
- ⁴² Aussage Egon Krenz in: Und diese verdammte Ohnmacht 1991, S. 149.
- ⁴³ Schabowski 1990, S. 81.
- ⁴⁴ Andert/Herzberg 1990, S. 36.
- ⁴⁵ Schabowski 1990, S 81.
- ⁴⁶ ND, 02.10.1989, S. 2.; Krenz 1999, S. 17.
- ⁴⁷ Krenz 1999, S. 125.
- ⁴⁸ Krenz 1999, S. 127f., Schabowski 1990, S 82.
- ⁴⁹ Süß 2014, S. 184.
- ⁵⁰ Richter 2009, S. 346
- ⁵¹ Kuhn 1992, S. 65.
- ⁵² Hollitzer 1999, S. 262-265.
- ⁵³ Interview mit Manfred Hummitzsch in: Riecker/Schwarz/Schneider 1990, S. 218.
- ⁵⁴ Hollitzer 1999, 251.
- ⁵⁵ Aussage von Helmut Hackenberg gegenüber den ermittelnden Kriminalisten in: Hollitzer 1999, 269.
- ⁵⁶ Kuhn 1992, S. 53.
- ⁵⁷ Kuhn 1992, S. 52, Richter 2009, S. 362.
- ⁵⁸ Aussage Fritz Streletz in: Und diese verdammte Ohnmacht 1991, S. 128, Aussage Theodor Hoffmann in Glaser 2005, S. 55.
- ⁵⁹ Hollitzer 2009, S. 283.
- ⁶⁰ Hollitzer 1999, S. 270.
- ⁶¹ Neues Forum 1989, S. 70.
- ⁶² Kuhn 1992, S. 51.
- ⁶³ Hollitzer 1999, S. 270.
- ⁶⁴ Richter 372, Interview mit Manfred Hummitzsch in Riecker/Schwarz/Schneider 1990, S. 218
- ⁶⁵ Interview mit Manfred Hummitzsch in Riecker/Schwarz/Schneider 1990, S. 217.
- ⁶⁶ Hollitzer 1999, S. 269f.
- ⁶⁷ Hollitzer 1999 270f.
- ⁶⁸ Gieseke 2012, S. 64.
- ⁶⁹ Richter 2009, S. 393ff.
- ⁷⁰ Hollitzer/Sachenbacher2012, S. 399.
- ⁷¹ Richter 2009, S. 359
- ⁷² Neues Forum 1989, S. 86.
- ⁷³ Kuhn 1992, S. 75

-
- ⁷⁴ Neues Forum 1989, S. 87.
- ⁷⁵ Richter 2009, S. 361.
- ⁷⁶ Voigt 1990, S. 75.
- ⁷⁷ Voigt 1990, S. 77f.
- ⁷⁸ Voigt 1990, S. 77f.
- ⁷⁹ Neues Forum 1989, S. 69, 92f.
- ⁸⁰ Kuhn 1992, S. 79.
- ⁸¹ Neue Zeit, 28.01.1993, S. 19.
- ⁸² Mey 2013, S. 14.
- ⁸³ Süss 2012, S. 179.
- ⁸⁴ Süss 2012, S. 190.
- ⁸⁵ Kuhn 1992, S. 85.
- ⁸⁶ Tetzner 2010, S. 165.
- ⁸⁷ Kuhn 1992, 84-88; 100f.
- ⁸⁸ Kuhn 1992, S. 87.
- ⁸⁹ Krenz, 1999, S. 18.
- ⁹⁰ Kotschemassow 1994, S. 169.
- ⁹¹ Junge Welt, 09.10.1989
- ⁹² Schabowski, S. 82.
- ⁹³ Krenz 1999, S. 130f., Aussage Egon Krenz in: Und diese verdammte Ohnmacht 1991, S. 149., Siehe auch Schabowski 1990, S. 83.
- ⁹⁴ Richter 2009, 374.
- ⁹⁵ Vgl. hierzu die Diskussion bei Richter 2009, S. 345.
- ⁹⁶ Kuhn 1992, 114.
- ⁹⁷ Süss 2012, S. 188.
- ⁹⁸ Neues Forum 1989, S. 89; Lindner/Grüneberger, 1992, S. 153.
- ⁹⁹ Neues Forum 1989, S. 284.
- ¹⁰⁰ Neues Forum 1989, S. 284f.
- ¹⁰¹ Neues Forum 1989, S. 285.
- ¹⁰² Kuhn 1992, S. 112.
- ¹⁰³ Tetzner 2010, S. 172.
- ¹⁰⁴ Hollitzer 1999, 273 dagegen: „Leute – Heute keine Gewalt! Reißt Euch zusammen, lasst die Steine liegen.“
- ¹⁰⁵ Hollitzer 1999, S. 274.
- ¹⁰⁶ Heider 2004, S. 105.
- ¹⁰⁷ Hollitzer 1999, S. 274f.
- ¹⁰⁸ Hollitzer 1999, S. 274f.

-
- ¹⁰⁹ Süß 2012, S. 191
- ¹¹⁰ Neues Forum 1989, S. 88.
- ¹¹¹ Kuhn 1992, 113.
- ¹¹² Lange 1997, S. 89
- ¹¹³ Kuhn 1992, S. 115
- ¹¹⁴ Kuhn 1992, S. 90.
- ¹¹⁵ Kuhn 1992, S. 117.
- ¹¹⁶ Kuhn 1992, S. 115f., Lange 1997, S. 90.
- ¹¹⁷ Lange 1997, S. 90.
- ¹¹⁸ Richter 2009, S. 377f.
- ¹¹⁹ Lange 1997, S. 91.
- ¹²⁰ Schäfer 1990, S.81.
- ¹²¹ Kuhn 1992, S. 116.
- ¹²² Neues Forum 1989, S. 83.
- ¹²³ Hollitzer 1999, 276.
- ¹²⁴ Süß 2012, S. 193.
- ¹²⁵ Hollitzer 1999, 276.
- ¹²⁶ Süß 2012, S. 194.
- ¹²⁷ Richter 2009, S. 378, 380.
- ¹²⁸ Kuhn 1992, S. 143.
- ¹²⁹ Richter 2009, S. 383 Hermann 1990, S. 181.
- ¹³⁰ Hollitzer 1999, S. 278.
- ¹³¹ Süß 2012, S. 194.
- ¹³² Hollitzer 1999, 276.
- ¹³³ Kuhn 1992, S. 131.
- ¹³⁴ Richter 2009, S. 378.
- ¹³⁵ Vernehmung Helmut Hackenberg 21.02.1990, Süß 2012, S. 195.
- ¹³⁶ Süß 2012, S. 196.
- ¹³⁷ Süß 2012, S. 196.
- ¹³⁸ Kuhn 1992, S. 135.
- ¹³⁹ Kuhn 1992, S. 144.
- ¹⁴⁰ Neues Forum 1989, S. 286.
- ¹⁴¹ Kuhn 1992, S. 134.
- ¹⁴² Süß 2012, S. 177
- ¹⁴³ Kuhn 1992, S. 137f.
- ¹⁴⁴ Vgl. Lindner 2014.

¹⁴⁵ Hahn 1990, S. 58.

¹⁴⁶ Achenbach 2009, S. 21.

¹⁴⁷ Interview mit Bernd-Lutz Lange.